

State of Palestine

دولة فلسطين

Association of Palestinian
Local Authorities



الاتحاد الفلسطيني
للهيئات المحلية

Staat Palästina
Palästinensischer Gemeindeverband

Ramallah, 10. Oktober 2017

An:

die Stadträte von Frankfurt, München, Berlin, Hamburg und
Köln alle betroffenen deutschen Gemeinderäte und
Stadtparlamente

Betreff: **Beschlussvorlagen, die die BDS-Bewegung als „antisemitisch“ bezeichnen und eine Politik der Nichtkooperation ankündigen**

Liebe Stadträte von Frankfurt, München, Berlin, Hamburg und Köln,
liebe Abgeordnete aller betroffenen Gemeinderäte und Parlamente in Deutschland,

im Namen der Association of Palestinian Local Authorities (Palästinensischer Gemeindeverband, im folgenden: APLA) und unserer Mitglieder, Städte und Dörfer im besetzten Palästina (Westbank, inklusive Ost-Jerusalem und Gazastreifen), möchte ich Ihnen unsere Betroffenheit und Bestürzung über Beschlussvorlagen übermitteln, die zu „keinerlei Kooperation mit der antisemitischen BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions)“ aufrufen. Wir haben erfahren, dass derartige Beschlussvorlagen momentan in den Städten Frankfurt, München, Berlin, Hamburg und -bedauernswerterweise- sogar in Köln, der Schwesterstadt Bethlehems in Palästina, eingereicht oder bereits verabschiedet wurden.

APLA fordert die deutschen Gemeinderäte dazu auf, solche Aufrufe nicht zu unterstützen, da sie den Fakten, internationalem Recht und UN-Resolutionen mit Bezug auf Israel und die Palästinenser*innen, den Prinzipien internationaler Solidarität und den Partnerschaften zwischen unseren Städten widersprechen und eine Beleidigung menschlicher Intelligenz und Würde darstellen.

APLA ist sehr gut informiert über BDS und unterstützt die Bewegung, genauso wie die überwältigende Mehrheit der Stadt- und Gemeinderäte, der Verbände, Gewerkschaften und Institutionen der Palästinenser*innen, die durch Israels illegale Besatzung unterdrückt werden.

Auf dieser Grundlage würden wir Ihre Aufmerksamkeit gerne auf die Tatsache lenken, dass BDS eine weltweite Bewegung ist, die von der palästinensischen Zivilgesellschaft geleitet wird. Zielsetzung der Bewegung ist es, zu einer Situation beizutragen, in der die Palästinenser*innen endlich jene fundamentalen Rechte ausüben können, die als universell anerkannt werden:

Freiheit von der Besatzung durch Israel und Selbstbestimmung, das Ende der Diskriminierung und volle Gleichberechtigung für die palästinensischen Bürger*innen Israels und das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr. Zu diesem Zwecke organisiert die BDS-Bewegung gewaltfreie Boykott-, Kapitalentzugsmaßnahmen und Sanktionen beziehungsweise ruft zu ihnen auf, die sich gegen diejenigen richten, die uns die genannten Rechte verweigern: den Staat Israel sowie jene Firmen und Institutionen, die Israels illegale Besatzung,

State of Palestine

دولة فلسطين

Association of Palestinian
Local Authorities



الاتحاد الفلسطيني
للهيئات المحلية

Siedlungen und Menschenrechtsverletzungen substantiell unterstützen. Als solche ist die BDS-Bewegung eine legitime Menschenrechtsbewegung, die berechtigterweise von Menschen weltweit, einschließlich Deutschlands, unterstützt wird.

Dementsprechend bitten wir Sie eindringlichst, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen und unsinnige Beschlussvorlagen, die die gewaltfreie BDS-Bewegung für die Menschenrechte der Palästinenser*innen mit Antisemitismus gleichsetzen, abzulehnen. Bitte machen Sie sich klar, dass wir darauf vertrauen, dass die deutschen Gemeinderäte und Stadtparlamente internationales Recht respektieren und die Menschenrechte der Palästinenser*innen unterstützen. Wir würden als Minimallinie erwarten, dass deutschen Städte ihre Position mit der EU in Einklang bringen, die letztes Jahr verlautbart hat, dass sie das Recht europäischer Bürger*innen, BDS zu praktizieren, respektiert, da dies unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fällt. Schließlich möchten wir unserer Hoffnung Ausdruck geben, dass Sie uns in Zukunft zu Fragen zu Palästina, seinen Menschen, Städten und Dörfern unter Besatzung konsultieren. APLA würde einen solchen Schritt begrüßen, da so das Verständnis und die Zusammenarbeit auf lokaler Regierungsebene zwischen Deutschland und Palästina gestärkt würden.

Mit Respekt und freundlichen Grüßen,

Musa F. Hadid, Präsident

Association of Palestinian Local Authorities APLA



¹<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2016-005122&language=EN>